

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 177. Ratssitzung vom 6. Dezember 2017**

### **3558. 2012/332**

**Weisung vom 12.09.2012:**

**Motion von Daniel Meier und Albert Leiser und 47 Mitunterzeichnenden, Bericht,  
Verzicht auf Erfüllung und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Verzicht auf Reduktion der Baubewilligungsgebühren wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2007/52, von Daniel Meier (CVP), Albert Leiser (FDP) und 47 Mitunterzeichnenden vom 31. Januar 2007 betreffend Senkung der Gebühren für die Prüfung von Baugesuchen wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

**Dr. Christoph Luchsinger (FDP):** *Das Ziel der Motion war eine 15-prozentige Senkung der Gebühren für die Prüfung von Baugesuchen. Im Hochbaudepartement (HBD) sind bei Baubewilligungsverfahren in der Vergangenheit grosse Fortschritte erzielt worden. Auch die Einrichtung eines Roten Telefons bei Bauverfahren ist positiv zu werten. Ich danke STR André Odermatt und der Verwaltung für diese Anstrengungen. Weiter hat das Parlament vor wenigen Wochen einstimmig das Postulat 2017/368 von Dr. Christoph Luchsinger (FDP) und Patrick Albrecht (FDP): «Weitergabe der durch Digitalisierung und E-Government erzielten Effizienzgewinne bei Bewilligungsverfahren an die Gesuchstellenden» überwiesen. Die bereits erzielten Fortschritte im HBD und der gangbare und an die neuen Verhältnisse angepasste Vorstoss erlauben eine Abschreibung der Motion.*

**Reto Vogelbacher (CVP):** *Die CVP war in der Spezialkommission Hochbaudepartement, Stadtentwicklung (SK HBD/SE) bei Dispositivziffer 2 noch in der Enthaltung, weil die Fraktion noch nicht beschlossen hatte. Die CVP sagt nun zu beiden Dispositivziffern Ja. Im Rahmen der Kommissionssitzungen konnte festgestellt werden: 1. Die Planstellen im Amt für Baubewilligungen (AfB) haben sich von 2007 bis 2014 bei 59 bis 63 eingependelt, es gab also keine Steigerung. 2. Der Kostendeckungsgrad des AfB liegt bei rund 85 bis 90 Prozent, und wenn man die Vernehmlassungsstellen ebenfalls einrechnet, beträgt der Kostendeckungsgrad etwa 74 Prozent. Weder bei den Baubewilligungsgebühren noch bei den Reklamegebühren kommt es ab 1. Januar 2018 zu einer Erhöhung. Der Grundsatz der CVP war immer: Gebühren dürfen höchstens kostendeckend sein. Der Verwaltungsaufwand muss aber vernünftig sein. Gebühren sollen gesenkt werden, wenn z. B. ein vereinfachtes Verfahren entsteht, oder wenn durch neue IT-Lösungen die Bearbeitung effizienter wird.*

2 / 3

**Albert Leiser (FDP):** Die Motion hat bewirkt, dass die ganzen Prozesse und Abläufe im Baubewilligungsverfahren sehr optimiert wurden. Auch die Lancierung des Roten Telefons hat einen wesentlichen Teil zur Verbesserung beigetragen. Es gibt sicher noch Momente in der Baubewilligung, die effizienter werden könnten, auch kann die Gradlinigkeit der verschiedenen Ämter noch optimiert werden. Vom Kostendeckungsgrad einmal abgesehen, ist fraglich, ob wirklich so viele Stunden auf die Prüfung verwendet werden müssen. STR André Odermatt hat das bestens auseinandergenommen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Patrick Albrecht (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Christoph Marty (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Patrick Albrecht (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Christoph Marty (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Verzicht auf Reduktion der Baubewilligungsgebühren wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2007/52, von Daniel Meier (CVP), Albert Leiser (FDP) und 47 Mitunterzeichnenden vom 31. Januar 2007 betreffend Senkung der Gebühren für die Prüfung von Baugesuchen wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 13. Dezember 2017

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat